

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute vor der Verabschiedung des Landeshaushalts 2011. Wenn wir ihn verabschieden, schaffen wir damit die finanzielle Basis für eine gute Zukunft unseres Landes Nordrhein-Westfalen, für eine gute Politik, für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Investitionen in Kinder, Bildung und Vorbeugung, für gute Arbeit, eine gute Politik für die Verbesserung der ökologischen Grundlagen, aber auch für die Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven unseres Landes.

Wir halten Wort, meine Damen und Herren. Wir machen uns auf den Weg zu einer qualitativ besseren und kostenfreien Bildung in Nordrhein-Westfalen. Das hilft vor allem unseren Familien. Wir starten mit einer Politik, deren oberstes Ziel heißt: Wir lassen kein Kind mehr zurück.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir meinen das ernst. Wir ziehen das durch. Wir steuern damit auch einer der größten Bedrohungen für den Wirtschaftsstandort, nämlich dem Fachkräftemangel, mit den richtigen Schritten entgegen. Die Studien besagen, dass wir im Jahre 2020 einen Mangel nur in Nordrhein-Westfalen von 600 000 Fachkräften erwarten müssen.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir exakt in diesen Bereich, Kinder, Bildung und Zukunft unseres Landes, investieren; denn nur so werden wir diese Lücke schließen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Wir bleiben auch bei dem Grundsatz: Stadt und Land - Hand in Hand. Leider ist jetzt der Kollege Laumann nicht da.

(Zuruf von der SPD: Herr Laschet ist ja da!)

– Herr Laschet ist ja da. – Herr Laschet, ich rede viel mit Kommunen, ich bin viel im Land unterwegs. Das, was unsere Regierung von der Vorgängerregierung unterscheidet – ich meine das überhaupt nicht polemisch –, ist, dass wir den Kommunen wieder auf Augenhöhe begegnen. Es ist wichtig, dass man sie mit ihren Sorgen und Nöten ernst nimmt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir leisten die Unterstützung im Bereich der Kommunen, die angesichts der schwierigen Haushaltslage möglich ist. Wir kämpfen hoffentlich gemeinsam weiter dafür, dass der Bund endlich seiner Verantwortung gegenüber den Städten und Gemeinden nachkommt.

Das, was Herr Laumann gesagt hat, die Übernahme der Grundsicherung in drei Schritten, also erst in drei Jahren die Höchststufe zu erreichen, wird nicht ausreichen, um unsere Kommunen aus dieser desolaten Finanzlage herauszuholen. Wir brauchen den Bund noch weiter. Wir haben dazu einen guten gemeinsamen Antrag verabschiedet.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben in der Debatte um die Energiewende in Deutschland und den Ausstieg aus der Atomkraft die Interessen Nordrhein-Westfalens klar im Blick. Wir von Rot-Grün wissen seit vielen Jahren, dass Atomkraft nicht mit einer Zukunft versehen werden sollte, weil sie unverantwortbar ist. Wir haben die schrecklichen Ereignisse von Fukushima nicht gebraucht.

Doch eines ist mir wichtig: dass der Ausstieg nicht Hals über Kopf, nicht planlos, überhastet und ohne Abwägung der konkreten Handlungsschritte und Folgen ablaufen sollte, bloß weil insbesondere Frau Merkel und die CDU unter Druck stehen. Viele Bürgerinnen und Bürger fürchten, dass die Bundesregierung einen Atomausstieg im wahrsten Sinne des Wortes um jeden Preis verfolgt. Das ist nicht unser Weg der Vernunft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Energie muss bezahlbar bleiben, auch für Verbraucherinnen und Verbraucher, aber insbesondere auch für die energieintensiven Unternehmen in diesem Land. Die haben wir dabei im Blick, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen weiterhin sicherstellen, dass der Strom verlässlich und zuverlässig aus der Steckdose kommt. Wir als Landesregierung haben immer das Ziel vor Augen: NRW muss Industrieland bleiben. Wir sind froh und wir wissen, dass wir nur deshalb gut durch die Krise gekommen sind, weil wir eben keiner Deindustrialisierung, wie es manche gefordert haben, das Wort geredet haben. Dafür aber sind Energieversorgungssicherheit und verkräftbare Preise eine zwingende Voraussetzung.

Um es an dieser Stelle klipp und klar zu sagen: Eine Deindustrialisierung als Folge der Energiewende werden wir aus Nordrhein-Westfalen nicht tragen! Deshalb gilt: Sorgfalt vor

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Schnelligkeit, meine Damen und Herren. Ich bitte, das auch bei der Bundesregierung in Berlin anzumahnen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da werden im Moment Entscheidungen im Eiltempo durchgeboxt. Neun Gesetze sollen vorgelegt und in einer hastigen Beratung durch das Parlament und auch durch den Bundesrat geschleust werden. Ich habe insofern große Befürchtungen.

Es ist richtig und wichtig, dass wir versuchen, einen größtmöglichen Konsens zu erzielen – da sind wir dabei –, dass wir endlich zu einer befriedeten Situation kommen und damit auch zu einer Planungssicherheit für die Industrie und die Unternehmen in diesem Land.

Aber eines muss dabei immer auch für uns speziell aus Nordrhein-Westfalen im Blick sein, nämlich die Interessen unseres Standortes, die Interessen unserer Unternehmen. Wenn ich höre, dass die Bundesregierung 5 Milliarden € mehr in die Förderung von Offshore-Anlagen stecken will, kann ich nur sagen: Das ist gegen die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir wollen, dass auch die Windkraft in unseren Breiten massiv unterstützt wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es wäre gut, wenn wir uns endlich gemeinsam darauf verständigen könnten, dass es gut ist, starke Stadtwerke zu haben, die einen Wettbewerb in diesem Bereich der Energieversorgung endlich in Gang setzen; denn wir brauchen mehr Wettbewerb, um die Preise für die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch für die energieintensiven Unternehmen auf Dauer sicherzustellen. Auch das ist eine gute Politik, die wir in Nordrhein-Westfalen wieder auf den Weg bringen wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Laumann, ich frage Sie: Sind Sie bei uns, wenn wir für die Interessen des Standortes Nordrhein-Westfalen kämpfen? – Ich nenne nur die Stichworte „Benchmarks“, „energieintensive Unternehmen“, „Emissionshandel Brüssel“. Sind Sie bei uns? Was macht denn die Bundesregierung in diesem Feld? Sind Sie bei uns, wenn dort Benchmarks gesetzt werden, die technologisch von unseren Unternehmen gar nicht eingehalten werden können, weil sie in der Vergangenheit schon so hohe Einsparungen vorgenommen haben, dass es technologisch gar nicht möglich ist, diese Benchmarks zu erreichen, um darüber kostenlose Emissionszertifikate zu bekommen? – Das kann doch nicht sein, dass wir das zulassen, dass die Bundesregierung nicht aktiv ist.

Und es kann auch nicht sein, dass wir uns nicht darauf verständigen können, gemeinsam in Brüssel und in Berlin dafür zu kämpfen, dass die Erlöse aus dem Emissionshandel auch wieder hierhin, nach Nordrhein-Westfalen, zurückkommen! Wir brauchen dieses Geld, um die notwendige Umsteuerung in unserem Land vorzunehmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nein, wir müssen aufpassen, dass es bei den Beschlüssen, die jetzt in aller Schnelle vorbereitet werden, nicht zu einer energiepolitischen Geisterfahrt kommt. Es ist richtig und es ist wichtig, hier zu guten übereinstimmenden Ergebnissen zu gelangen, zu einer Befriedung der Situation.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Es ist auch richtig, dass wir den Klimaschutz verstärkt in den Blick nehmen, und zwar nicht nur mit Blick auf die Risiken, sondern auch auf die Chancen. Wir weisen seit Langem darauf hin, dass wir Klimaschutz als Fortschrittsmotor sehen. Ich bin froh darüber, dass wir ein Klimaschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen werden, weil nämlich Schluss damit sein muss, dass Politikerinnen und Politiker sich in den Augen der Bevölkerung dauernd unglaubwürdig machen, weil sie nur irgendwelche Zielzahlen für die Reduktion von CO₂ nennen, und zwar möglichst in weiter Ferne, weil man weiß, dass man nicht mehr im Amt sein wird, wenn eine Überprüfung ansteht.

Wir wollen konkret sagen, wie wir diese reduzierten CO₂-Ziele in Nordrhein-Westfalen erreichen wollen – mit konkreten Maßnahmen, im Dialog mit allen Beteiligten. Das ist der Weg, den wir gehen wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das sind nur einige der Themen, die aktuell auf der Tagesordnung stehen.

Wie Sie, Kollege Laumann, angesichts dieser Herausforderungen in Ihrem Pressestatement gestern zu dem Schluss gekommen sind, es gäbe zurzeit keine landespolitischen Themen, ist mir völlig unverständlich. Wir haben große Herausforderungen zu schultern. Für die Zukunft Nordrhein-Westfalens müssen wir die Lebensbedingungen verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Wir wissen das und wir haben die notwendigen Schritte klar im Blick.

Werter Kollege Laumann, wir haben den roten Faden keineswegs verloren, sondern dieser rote Faden wird durch den Haushalt 2011 umgesetzt. Im Bereich „Bildung“ geht es um 1,1 Milliarden € mehr für Kinder, Bildung und Vorbeugung. Das ist die Politik, die wir brauchen, um eine gute Zukunft zu sichern.

242 Millionen € gibt es für die erste KiBiz-Reform. Herr Laumann, wenn Sie ein bisschen in die Themen einsteigen würden, wüssten Sie, dass hier ein Prozess geplant ist und das nur der erste Schritt ist, mit dem wir die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr und die deutliche Qualitätssteigerung auf diesem Feld voranbringen wollen. Das liegt im Interesse des Landes.

Dass wir die Plätze für Kinder unter drei Jahren bis 2013 auf mindestens 144.000 erhöhen, dass wir 1.525 neue Lehrerstellen sofort besetzen werden und damit schon insgesamt 2.078 Lehrerstellen seit Regierungsübernahme geschaffen haben, gibt den jungen Menschen bessere Perspektiven, das ist konkrete Zukunftssicherung für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher: Auch mit dem längeren gemeinsamen Lernen, das zum Schuljahresbeginn 2011/2012 mit 13 dann an den Start gehenden Gemeinschaftsschulen auf den Weg gebracht wird, mit der Abschaffung der Studiengebühren und einem besseren Übergang von der Schule in den Beruf, mit der Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit - wir halten Wort mit der Wiederaufstockung bei der Kinder- und Jugendarbeit - sind wir auf dem richtigen Weg zu unserem Ziel, nämlich in diesem Land kein Kind mehr zurückzulassen. Dabei werden wir nicht stehen bleiben.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Werter Kollege Laumann, ich freue mich darüber, dass in der Bildungspolitik Bewegung in der CDU erkennbar ist. Wir haben Ihnen schon im Koalitionsvertrag den Konsens in dieser Frage angeboten. Der ist dort schon vermerkt. Wir hoffen immer noch, dass wir am Ende im Parlament, lieber Kollege Papke, eine solche Entscheidung hinbekommen werden. Aber die Vorbereitungen in der Bildungskonferenz sind dafür außerordentlich wichtig. Deshalb bedauern wir es, dass Sie - neben einer weiteren Gruppe - die Einzigen waren, die diese Bildungskonferenz verlassen haben. Das ist sehr bedauerlich, werden dort doch wichtige Inhalte für die politischen Entscheidungen vorbereitet. Es lohnt sich, all diejenigen, die in diesem Land an Bildungspolitik beteiligt sind, in einer solchen Konferenz zuzuhören. Das hätte sicherlich auch Ihnen gut getan.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir werden auch eine flächendeckende Studien- und Berufswahlorientierung für alle Schülerinnen und Schüler frühzeitig einsetzen lassen. Wir werden benachteiligte Jugendliche gezielt fördern. Eins werden wir vor allem tun, nämlich die Warteschleifensysteme abbauen. Wir alle wissen doch, dass das, was wir bisher tun, nicht effizient ist, dass wir Kinder in Warteschleifensystemen parken, weil sie keine Ausbildungsplätze bekommen. Wir wollen, dass alle Jugendlichen, die sich anstrengen, ein entsprechendes Ausbildungsangebot bekommen. Wir werden nicht locker lassen, bis eine solche Ausbildungsgarantie in Nordrhein-Westfalen gilt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das mit der Wirtschaft hinbekommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um es hier auch noch einmal unzweideutig zu sagen: Für uns ist die duale Ausbildung in der Tat eine ganz wichtige Säule. Deshalb werden wir die Übergänge aus der dualen Ausbildung an die Hochschulen weiter vorantreiben, damit auch dort Durchlässigkeit im Bildungssystem gegeben ist. Auch das gehört zur Realität dazu.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wollen kein Kind zurücklassen, habe ich gesagt. Wir wollen jungen Menschen neue Perspektiven geben, und zwar im Interesse der Menschen, aber auch im Interesse der Wirtschaft, insbesondere im Interesse der öffentlichen Haushalte, die sonst unter den erschreckend wachsenden sozialen Folgekosten in die Knie gehen werden.

Herr Kollege Laumann, Sie haben von der Demografie und davon gesprochen, was uns erwartet. Sie haben Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik eingefordert. Ich habe mir daraufhin noch einmal Ihre Vorschläge zum Haushalt angesehen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

Vieles von dem, was Sie dort an angeblichen Einsparvorschlägen gebracht haben, sind doch - das wissen wir alle in diesem Haus - Luftbuchungen, pauschale Kürzungen ohne Konkretes dahinter.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zum Teil haben Sie die Zahlen falsch berechnet. All das haben wir Ihnen schon einmal nachgewiesen. Was die Neuverschuldung angeht, sind Sie mit Ihrem Konzept von unserem

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Konzept in Wahrheit nur noch wenige hundert Millionen entfernt. Wenn Sie meinen, dafür zum Gericht gehen zu müssen, dann müssen Sie es tun, aber Ihre Glaubwürdigkeit wird dadurch nicht gesteigert, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir waren uns in diesem Land einig, dass wir bei den Kommunen etwas tun müssen. Ich nehme das Stichwort „GFG“ gerne noch einmal auf. Wir übernehmen Verantwortung in diesem Land, haben aber auch dafür Verantwortung übernehmen müssen, dass Sie in der vergangenen Periode die notwendigen statistischen Anpassungen beim GFG nicht vorgenommen haben. Diese rein statistischen Anpassungen uns jetzt zum Vorwurf zu machen und zu behaupten, wir würden den ländlichen Raum zulasten der Städte in den Ballungsgebieten schwächen, ist eine wirklich verlogene Art, Politik zu machen. Das muss ich Ihnen an dieser Stelle einfach mal sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Laumann, ich setze noch einen drauf. Wir haben vorhin noch einmal gehört, welche Belastungen Sie bei den Kommunen veranlasst haben. Wir haben dafür gesorgt, dass die Kommunen an der Konsolidierung des Landeshaushaltes nicht mehr beteiligt werden. Sie hingegen haben ganz persönlich bei der Krankenhausfinanzierung dafür gesorgt, dass die Kommunen noch einmal richtig gebeutelt worden sind. Das ist keine gute Politik, um unsere Kommunen in eine gute Zukunft zu führen.

(Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Das haben wir geändert und machen an der Stelle auch weiter.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben die Soforthilfe von 300 Millionen € ausgezahlt. Wir werden den Stärkungspakt Stadtfinanzen mit diesem Haushalt auf den Weg bringen. Das Volumen beim GFG ist übrigens das zweithöchste aller Zeiten.

Wir sagen die Einhaltung des Konnexitätsgesetzes zu. Auch dort haben wir ein paar Hinterlassenschaften gefunden, für die wir noch Zahlungen werden leisten müssen.

Besonders wichtig für die Kommunen ist die Revitalisierung des Gemeindefinanzrechts. Meine Damen und Herren, wir machen ernst damit, weil wir wollen, dass die notwendigen Veränderungen gerade im Bereich der Prävention, der Vorbeugung in den Kommunen überhaupt stattfinden können. Wir müssen den Kommunen Luft zum Atmen geben, damit sie an den richtigen Stellen Strukturen verändern können, damit nachhaltig Ausgaben gesenkt werden. Das ist eine gute Politik insbesondere unter dem Blickwinkel des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein großer Schwerpunkt ist für uns auch, dass Nordrhein-Westfalen das Land guter Arbeit sein muss. Niemand soll glauben, dass diese Ziele unwichtig werden, nur weil die Konjunktur gerade besser läuft. Im Gegenteil! So sehr wir uns alle freuen, dass die Arbeitslosenzahlen sinken und wieder mehr neue Arbeitsplätze entstehen,

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

müssen wir doch eines festhalten: Zu dem Zuwachs tragen viel zu viele Minijobs, zu viele befristete Verträge und zu viele Jobs in der Leih- und Zeitarbeit bei.

Im letzten Jahr gab es bereits mehr befristete als unbefristete Einstellungen. Wie wir alle wissen, ist die jüngere Generation davon ganz besonders betroffen. Das sind die gleichen jungen Menschen, bei denen wir es wegen der Demografieproblematik gerne sähen, wenn sie mehr Kinder in die Welt setzten. Wer keine sicheren Perspektiven hat und nur von einem Zeitvertrag in den nächsten geschoben wird, wird doch nicht mehr Kinder in die Welt setzen.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam dafür sorgen, dass diese Politik in den Unternehmen dem Ende zugeführt wird. Das wäre eine gute Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben auch mehr Minijobs gehabt. Die Zahl der Minijobber ist im letzten Jahr auf 7,3 Millionen angewachsen. Das sind 1,6 Millionen mehr 400-€-Jobs als 2003.

Auch da müssen wir klar in die Zukunft sehen. Insbesondere Frauen sitzen auf diesen 400-€-Jobs. Was passiert eigentlich, wenn sie in die Rente gehen und keine entsprechende Absicherung in unserem Rentensystem haben vornehmen können? Auf welche dramatische Situation laufen wir da sehenden Auges zu?

Nein, wir müssen dafür sorgen, dass Sicherheit hier wieder einen anderen Stellenwert bekommt. Verlässliche Arbeitsplätze sind auch im Sinne einer guten wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land erforderlich. Bei jedem meiner Treffen mit Unternehmerinnen und Unternehmern mache ich das sehr deutlich.

Wir müssen uns nämlich über Folgendes im Klaren sein: Wie wir alle wissen, liegt die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen in innovativen Produkten, also in Produkten, für die wir eine hohe Produktivität und eine hohe Innovationsfähigkeit brauchen. Wir müssen an der Entwicklung vorne dran sein. Dafür brauchen alle Unternehmen aber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auch innovativ und produktiv sein können. Und ich habe zumindest große Zweifel daran, ob jemand wirklich innovativ und produktiv sein kann, der nicht weiß, wie morgen seine Zukunft aussieht.

Hier liegen enorme Reserven. Meines Erachtens ist es nicht nur für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und damit sozialpolitisch wichtig, sondern auch wirtschaftspolitisch richtig, dass wir wieder das stärker in den Fokus rücken, was einmal die mittelständische Industrie und Unternehmen in diesem Land vorgebracht haben, nämlich auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu achten, mit ihnen durch dick und dünn zu gehen und ihnen auch eine gewisse Sicherheit für die Zukunft zu geben, damit am Ende alle etwas davon haben. Das war hier in Nordrhein-Westfalen eine gute Praxis. Die brauchen wir auch weiterhin.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn wir darüber reden, reden wir ohne Frage auch über Lohn. Lieber Herr Laumann, ich freue mich darüber, dass die CDA sich jetzt auf den Weg macht, und hoffe, dass das in der CDU weite Verbreitung findet. Wir brauchen den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Wir wollen ihn, um das noch einmal deutlich zu sagen, nicht politisch bestimmen, sondern er soll nach britischem Vorbild in einer Kommission festgesetzt werden. Herzlich willkommen im Klub!

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Hier müssen wir jetzt aber gemeinsam kämpfen; denn durch die endgültige Arbeitnehmerfreizügigkeit seit dem 1. Mai dieses Jahres besteht noch stärker die Gefahr, dass wir in der Dumpinglohnspirale weiter nach unten geraten. Es ist und bleibt eines unserer Kernanliegen, dass wir dafür sorgen müssen, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit sich und ihre Familie auch ernähren können. Deshalb bleiben wir bei der Forderung des Mindestlohns. Ich hoffe, dass die CDU in diesem Landtag bei dieser Forderung entsprechend mitmachen wird. Bei der FDP habe ich da alle Hoffnungen verloren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dazu gehört für uns auch, geradlinig zu sagen: Dumpinglöhne sind verwerflich.

Das heißt für uns als Landesregierung außerdem, dass wir dafür sorgen müssen, dass Aufträge aus öffentlichen Mitteln eben nicht an Unternehmen vergeben werden, die auf solche Lohnvorteile im Dumpinglohnbereich setzen. Deshalb werden wir bis zur Sommerpause ein Tariftreuegesetz in diesen Landtag einbringen. Herr Laumann, dann kommt es zum Schwur. Ich bin gespannt, ob Sie dann bei der Wahrung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wichtig ist für uns ferner die von uns bereits auf den Weg gebrachte Veränderung des Landespersonalvertretungsgesetzes. Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen zum Mitbestimmungsland Nummer eins zu machen. Das werden wir einhalten. Auch hier haben wir die Verhandlungen mit den Gewerkschaften auf Augenhöhe geführt. Ich höre, dass wir dort auf einem guten Weg sind und bald zu einer Entscheidung kommen werden.

Meine Damen und Herren, jetzt gehe ich noch ganz kurz auf die FDP ein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ganz kurz reicht!)

Lieber Herr Papke, lassen Sie mich nur eines sagen – gar nicht einmal zu den aktuellen Umfragen, die Sie auf Bundesebene wieder bei 3 % sehen, wie ich gerade gelesen habe.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Und Sie bei 20 %!)

Sie sollten sich nicht darüber wundern, dass Sie bei 3 % landen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wundern Sie sich über Ihre Zahlen? – Rüdiger Sagel [LINKE]: Reise nach Jerusalem!)

Was wir hier erleben, ist ja zum Teil eine moralische Überhöhung, die der Sachleistung oft nicht gerecht wird. Ich sage das einmal so deutlich. Zum Teil – damit meine ich die Kugel-Debatte – steckt nach meinem Eindruck auch so etwas wie Verfolgungswahn dahinter. Das Niveau, das Sie hier inhaltlich zeigen – übrigens auch bei Ihren Änderungsanträgen –, macht mir große Sorgen, wenn ich an die Zukunft der FDP denke. Und das meine ich völlig ernst.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Sie haben am Wochenende einen Parteitag gehabt – die Umfrage war, wie ich gelesen habe, danach –, bei dem es nur um Pöstchen und nicht um Inhalte ging.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wenn Sie sich um uns sorgen, ist das ein gutes Zeichen, Frau Ministerpräsidentin!)

Dass Sie auch noch humorlos sind, wie Sie heute hier wieder gezeigt haben, kommt noch obendrauf.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was ist denn mit Ihren Umfragen? Machen Sie sich da auch Sorgen?)

Sie haben auch bei der FDP jetzt die Plagiate im Nacken.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was ist mit Ihren Umfragen? 20 %!)

Eines macht mir aber besondere Sorgen: dass Sie sich offensichtlich nicht mehr um Inhalte scheren.

(Ralf Witzel [FDP]: Was?)

Früher hatte Ihre Partei noch Schlachtrösser wie Hans-Dietrich Genscher, Burkhard Hirsch oder Gerhart Baum. Bei dem, was ich am Wochenende aus Rostock im Fernsehen gesehen habe, hatte ich manchmal den Eindruck: Die FDP ist schlicht und einfach ein Ponyhof geworden. – Diesen Eindruck kann man da gewinnen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da Sie es mit den Inhalten nicht so genau nehmen, will ich zwei Punkte zu Ihren Anträgen anmerken.

Zum Ersten: Die Stellen für den Personalrat – das sollten Sie als Fraktionsvorsitzender der FDP wissen – sind die Folge eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist falsch!)

– Dann sollten Sie sich einmal ein bisschen mit der Materie beschäftigen.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Zum Zweiten lese ich in den über 70 Anträgen, über die wir nachher alle einzeln abstimmen müssen: Vorschlag der FDP zur Kürzung beim Tag der Deutschen Einheit, NRW-Tag in Bonn. - Nachdem die FDP in wochenlangen Beratungen überhaupt keine konstruktiven Vorschläge unterbreitet hat, kommt sie nun mit einem Stapel an Änderungsanträgen um die Ecke, die wir alle einzeln abstimmen sollen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist Parlamentarismus, Frau Ministerpräsidentin!)

Aber schlimmer als das Verfahren finde ich die Vorschläge im Einzelnen: Kürzen bei Kindern, bei Familien, bei Bildung, bei Frauen, bei Behinderten und ein massiver Sozialabbau.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das sind die Zukunftsvorschläge der FDP für dieses Land. Das ist Inhalt dieser Anträge.

(Zuruf von der FDP)

- Doch, natürlich. - Ich habe ja gesagt, ich komme zum Tag der Deutschen Einheit. Ich gebe offen zu, ich hätte es nie für möglich gehalten, dass die Partei von Hans-Dietrich Genscher

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

einen Antrag stellen würde, die Ausrichtung des Tages der Deutschen Einheit vom 1. bis 3. Oktober dieses Jahres in Bonn zusammenzustreichen. Für die Partei einer der Väter der Deutschen Einheit ist das eine Schande.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN - Zurufe von der FDP)

- Hören Sie doch einfach mal zu, und krakeelen Sie nicht herum! Vielleicht sind Sie auch da nicht in der Sache.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist falsch!)

- Warten Sie doch mal ab! Ich bin doch noch gar nicht am Ende dieses Punktes.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

- Wir haben gar nichts aufgestockt. Da müssen Sie sich mal ein bisschen schlau machen! Wir haben die beiden Positionen zusammengelegt.

(Unruhe)

- Kann ich ein bisschen Ruhe haben? - Ganz abgesehen davon stammen die Planungen samt Finanzierung aus der Zeit der früheren Landesregierung des dort sitzenden ehemaligen Ministerpräsidenten.

(Minister Johannes Remmel: Aha! Hört, hört!)

Die Konzeption wurde ebenfalls von Schwarz-Gelb erarbeitet. Die verbindlichen Verträge wurden von Schwarz-Gelb unterzeichnet. Die Zusammenlegung des Tags der Deutschen Einheit mit dem NRW-Tag ist eine Entscheidung von Schwarz-Gelb.

(Unruhe - Armin Laschet [CDU] nickt.)

- Herr Laschet nickt. - Ich hoffe zumindest, dass die Partei von Helmut Kohl für einen solchen Antrag nicht die Hand heben wird. Denn die massive Kürzung würde die Durchführung dieses Tages behindern, ich würde sogar sagen, sie macht die ganze Sache unmöglich

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ach!)

- natürlich -, abgesehen von den Regressforderungen. Im Zweifelsfall, sollte dieser Antrag durchkommen, würde ich das gleich Herrn Bundespräsidenten Wulff, Herrn Bundestagspräsidenten Lammert und Frau Bundeskanzlerin Merkel - auch Herrn Rösler - schriftlich mitteilen. Darauf bin ich gespannt.

So seriös sind Ihre Anträge hier im Haushaltsverfahren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Gunhild Böth [LINKE])

Da ist noch so ein schöner Antrag. Auch da sind Sie offensichtlich nicht in der Lage, so weit in die Sache einzusteigen. Wenn Sie sich an den Beratungen im Ausschuss beteiligt hätten, hätte das vielleicht anders ausgesehen. Sie haben eine Kürzung beim Deutschen Bergbaumuseum in Bochum beantragt. Der Forschungsanteil des Bergbaumuseums wird als Einrichtung der Wissenschaftsgemeinschaft Wilhelm Leibniz gemeinsam von Bund und Ländern finanziert. Der Museumsanteil wird übrigens je zur Hälfte von der Deutschen Montan Technologie GmbH und der Stadt Bochum getragen. Der jährliche Zuschussbedarf wird in einer gemeinsamen Wissenschaftskonferenz beraten und festgesetzt. Eine einseitige Re-

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

duzierung des NRW-Anteils ist ohne Abstimmung mit den anderen Finanzgebern überhaupt nicht möglich. Auch das sollten Sie wissen, werter Herr Papke. Seien Sie froh, dass der Wissenschaftsminister der Vorgängerregierung heute nicht hier ist; er hätte die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann die Nummer noch fortsetzen. Die FDP behauptet, im Haushalt 2011 macht die Gebührenfreiheit für Kitas 142 Millionen € aus. Auch das haben wir mehrfach versucht darzustellen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wir haben gesagt, Ihr Geld wird nicht reichen!)

- Nein, Sie haben Kürzungsanträge gestellt. Sie sollten Ihre eigenen Anträge auch einmal lesen, werter Herr Kollege Papke. Ich rede von dem Kürzungsantrag.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Gunhild Böth [LINKE])

In 2011, um es hier noch mal klarzuziehen, werden für diesen Teil der Gebührenfreiheit 62 Millionen € eingesetzt. Das sind nur fünf Zwölftel von 150 Millionen €. Sie allerdings wollen daraus in wesentlich größerem Umfang eine Kürzung machen. Auch das bleibt für mich ein Rätsel, wie das stattfinden soll.

Es zeigt sich in dieser Debatte, Sie haben offensichtlich wenig inhaltliche Kompetenz. Sie haben vor allem in der Opposition kein politisches Konzept. Beide Fraktionen in der Opposition - sogar alle drei - haben keine tragbare Alternative vorgeschlagen.

(Zurufe von der FDP: Och!)

- Nein. Ich wollte noch extra zur Linken kommen - keine Bange.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war aber verräterisch!)

Bei der Linken ist sogar noch eine Stufe obendrauf, wenn Sie mir den Satz, den ich sagen wollte, noch gestatten würden: Die Linke geht nach wie vor davon aus, dass man das Geld einfach nur zu drucken braucht. Ich kann Ihnen sagen: Eine verantwortungsvolle Politik sorgt auch dafür, dass Steuermehreinnahmen für den Abbau der Neuverschuldung eingesetzt werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das haben wir getan, und das halte ich auch im Sinne von Generationengerechtigkeit für den richtigen Weg. Diese Art, Opposition zu machen, indem man immer meint, im sozialen Bereich alles noch mal toppen zu können, ist keine Oppositionsarbeit, die das Land wirklich voranbringt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben kein Konzept. Die Opposition hat keine tragbare Alternative, nur Rechnungen, die nicht aufgehen oder von Unkenntnis geprägt sind.

(Serdar Yüksel [SPD]: Unkenntnis!)

Ich verstehe eine gewisse Enttäuschung der Opposition, die Enttäuschung, dass wir gestalten und handeln und für unser Handeln mit diesem Haushalt eine stabile Grundlage vorle-

***Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!***

gen. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen nach vorne kommt. Wir machen Schulden, wenn Sie erforderlich sind, nur mit Augenmaß, und eine verantwortungsvolle Politik, eine Politik der Vorbeugung und Prävention, wird diese Schulden nachhaltig zurückführen. Wir tragen die Energiewende voran und stärken damit das Industrieland Nordrhein-Westfalen. Wir sorgen für gute Arbeit. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. - Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

